Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 184 (2018)

Heft: 11

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

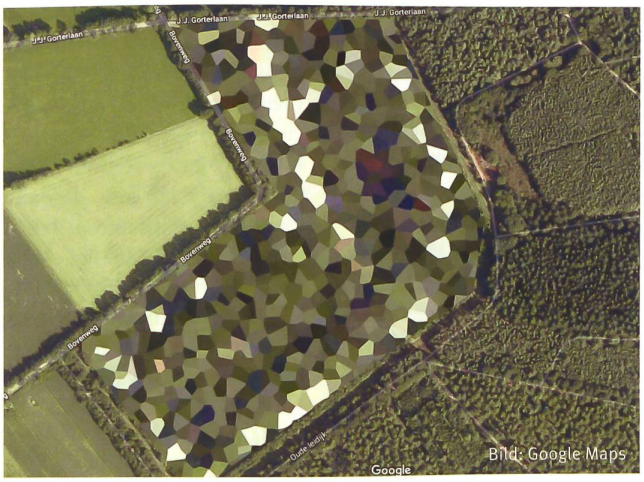
Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Belgien

Armee klagt gegen Google

Seit beinahe zwei Jahren ist die belgische Armee mit den Verantwortlichen der Kartendienste Google Maps, Google Street View und Google Earth in Verhandlung, um nicht abgedeckte und nicht verpixelte Bilder von Militäreinrichtungen und kritischer Infrastruktur zu löschen. Es geht um Militärflugplätze, Kernkraftwerke und Häfen. Nun beabsichtigt das Verteidigungsministerium, rechtliche Schritte gegen den Internetriesen einzuleiten. Der belgische Google-Sprecher, Michiel Sallaets, erwiderte auf die Ankündigung: «Es ist eine Schande, dass das belgische Verteidigungsministerium beschlossen hat, diese Entscheidung zu treffen. Wir arbeiten seit mehr als zwei Jahren eng mit diesem zusammen und haben unsere Karten nach belgischem Recht geändert. Wir planen, in diesem Sinne weiterhin mit der Armee zusammenzuarbeiten». Das Problem: Google basiert bei seinen Diensten auf Bildmaterial von Drittanbietern und müsste deshalb diese Daten vor der Weiterverwendung verändern, weigert sich aber derzeit aus noch unbekannten Gründen, dies zu tun. Anders in den Niederlanden. Im Nachbarland Holland gibt es derweil unzählige auf Google Maps nicht erkennbare Bereiche. Für die Unkenntlichmachung von Munitionsdepots, Einrichtungen des Königshauses und sicherheitsrelevanten Bauten auf Luftbildern ist dort ein nationales Gesetz verantwortlich. Für diverse weitere Länder stellt Googles Verhalten deshalb ein «no-go» dar. Darum werden beispielsweise in China, der Krim, auf Kuba, im Iran und Nordkorea, dem Sudan, Syrien und Vietnam die entsprechenden Dienste gänzlich zensiert und sind nicht funktionsfähig. Diesen Schritt will Belgien natürlich nicht gehen, eine Einschränkung des Marktzugangs für Google wäre unverhältnismässig. Dennoch pocht das Land auf seine Sicherheitsbedenken. «Das Verteidigungsministerium wird Google verklagen», sagte deren Sprecher sachlich anfangs Oktober. Google wurde in diesem Jahr von der Europäischen Union zu einer Rekordstrafe von fünf Mia. Euro verurteilt, dies weil vorinstallierte Android-Software auf mobiler Hardware die Auswahl der Kunden einschränkte. Ebenfalls gab es einige Rücktritte von Google-Verantwortlichen, weil der Konzern beabsichtigt, in China eine Suchmaschine in zensierter Form auf den Markt zu bringen.



Munitions- und Tankanlagen in Staphorst, Niederlande.

Griechenland

Toiletten im Moria-Camp. Bild: MSF

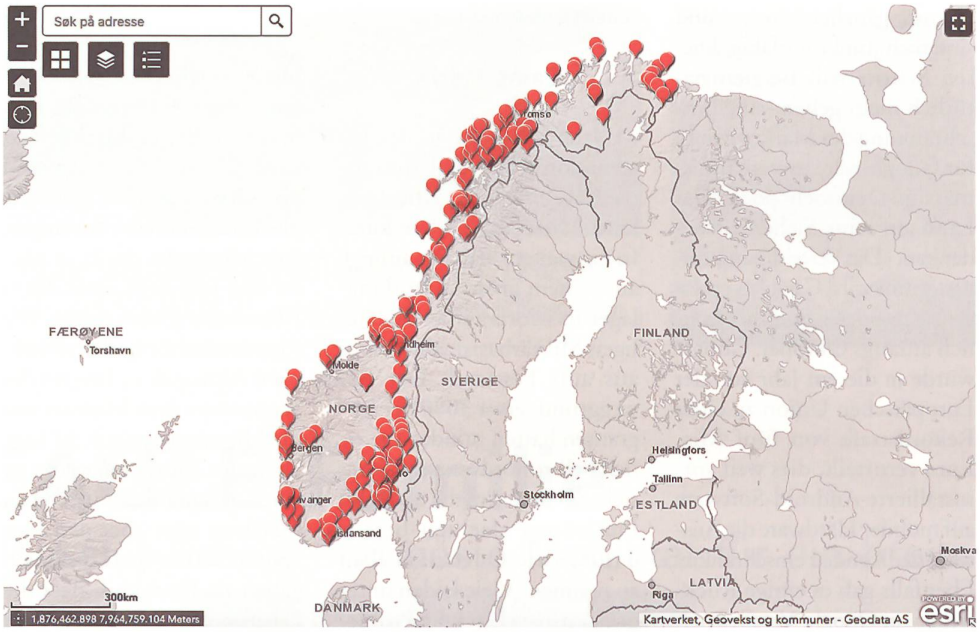
Camp Moria

Nach Warnungen des International Rescue Committee (IRC) verlegte Griechenland Mitte September kurzfristig weitere 900 Flüchtlinge aus seinem grössten Auffanglager in Moria (einer ehemaligen Militärbasis) von Lesbos aus aufs Festland. Der Beweggrund, etwa 30% der Migranten hätten mindestens einen Selbstmordversuch hinter sich, 60% der mehr als 8000 Flüchtlinge dachten bereits darüber nach, sich das Leben zu nehmen. Viele leiden unter grossen psychischen Problemen, welche im Zusammenhang mit der Flucht und den prekären Zuständen im Lager stehen. Die Situation spitzte sich bereits im Juni zu, als innert eines Monats mehr als viermal so viele Neuankömmlinge wie gewohnt eintrafen. Im Juli entlud sich die Unzufriedenheit in einem temporären Aufstand, unzählige Flüchtlinge protestierten gegen die unmenschlichen Zustände und zündeten ihre Zelte an. Viele errichteten in den angrenzenden Olivenhainen Behelfsunterkünfte aus Zeltbahnen. Im vom griechischen Militär betriebenen Camp sei das einzige, was funktioniere, die Kriminalität. Es hat sich eine Art Scharia-Gesetz etabliert, welches von geflüchteten Sympathisanten des islamischen Staates durchgesetzt wird. Dessen Symbole sind überall präsent. Der deutsche Nachrichtendienst bestätigte, dass Mitglieder des IS in Moria sind und befürchtet deren Übersiedlung nach Athen. Die Regionalbehörde der nördlichen Ägäis gab zu Beginn des Septembers dem Ministerium für Migrationspolitik 30 Tage Zeit, um Moria entweder in einen akzeptablen Zustand zu versetzen oder aber den Hot Spot zu schliessen. Inspektoren gaben zu Protokoll, dass die Lebensbedingungen im Camp, in welchem bis zu 15 Menschen in Kleinstunterkünften und bis zu 150 in unzähligen Zelten eingepfercht werden, das Risiko von Krankheitsübertragungen förderten. Vierundachtzig Personen teilen sich eine Dusche und 72 eine Toilette, so ein IRC-Bericht. Das Abwassersystem ist dermassen überlastet oder infolge Beschädigung nicht funktionstüchtig, dass in gewissen Zelten die Kloake die Matratzen erreicht, in welchen Kinder schlafen. In der letzten Septemberwoche wurden deshalb laut dem griechischen Migrationsminister Dimitris Vitsas nochmals 1000 Personen aufs Festland überführt.

Norwegen

Geheimstandorte veröffentlicht

Die norwegische Nationale Sicherheitsbehörde (Nasjonal Sikkerhetsmyndighet/NSM) veröffentlichte Ende September eine detailgetreue Karte sämtlicher Standorte, Anlagen und Führungseinrichtungen ihrer Streitkräfte. Laut den Verantwortlichen geht es darum, der allgemeinen Öffentlichkeit eine Orientierungshilfe zu geben. Denn, immer wieder kam es in der Vergangenheit zu sicherheitsrelevanten Zwischenfällen mit Drohnenpiloten und Fotografen, welche die Perimeter der militärischen Anlagen verletzten. Auf diese Weise erhofft sich die NSM weniger Probleme. Denn nun erhält man mit wenigen Klicks im Internet genaue Koordinaten von hochsensiblen Militäreinrichtungen, inklusive geheimer NATO-Standorte. Verständlicherweise reagierten einige Militärs und Sicherheitsexperten mit grosser Besorgnis und warnten davor, dass die Verteidigungsfähigkeit des Königreichs auf dem Spiel steht. Der ehemalige Kommandant der Marineheimwehr, Svein Jarle Jacobsen, stellte klar: «Die Leute hätten besser ihren Kopf benützt. Was treibt die Nationale Sicherheitsbehörde dazu, allen die geheimen Standorte preiszugeben? Ich glaubte zuerst, dass dies alles nicht wahr sein kann.» Andere Militärs reagierten fluchend und verweigerten sämtliche Kommentare. Der allgemeine Tenor ist jedoch eindeutig: ein Geschenk an die Russen. Wer zur Zeit in Norwegen Drohnenbilder machen wolle, der wisse in der Regel, wo sich militärische Sperrgebiete befinden. Entsprechend kann sich jeder selbst davor schützen, mit der Militärjustiz in Konflikt zu geraten, so Ståle Ulriksen. Als ehemaliges Mitglied des königlichen verteidigungspolitischen Ausschusses und als langjähriger Sicherheitsexperte konnte auch er nach der Nachricht nur schwer seine Fassung bewahren. Pragmatisch gibt sich jedoch die Kommunikationschefin der NSM. Mona Strom Arnoy erklärte kurz und bündig, dass sich ihre Organisation dafür verantwortlich zeichne, den Bürgern aufzuzeigen, wo es verboten ist, zu filmen oder zu fotografieren. Denn die veröffentlichte Datenbank beziehe sich lediglich auf Gebiete, in denen Drohnen verboten sind und die Karte enthält keine Informationen über die Art der Einrichtung, die sich hinter den Markierungen versteckt, so Strom Arnoy.



Online abrufbar: alle militärischen Standorte. Bild: Nasjonal Sikkerhetsmyndighet

Russland

Grosses Brimborium um VOSTOK 2018

Mit der Militärübung Vostok 2018 versuchte Russland im September sich selbst zu überbieten. Einerseits ging es darum, die Kampfbereitschaft der eigenen Streitkräfte zu testen, andererseits übte sich die russische Diplomatie in den guten Beziehungen zu China und massivem Säbelrasseln gegenüber dem Westen. Das strategische Manöver fand vom 11. bis 17. September statt, umfasste mehrere russische Militärdistrikte, Verbände der chinesischen Volksbefreiungsarmee (etwa 3200 Soldaten) und der Mongolei. Zwar war auch das NATO-Land Türkei zur Teilnahme eingeladen worden, entsandte aber letztendlich nur Beobachter. Im Vorfeld war die Rede von insgesamt 300000 Soldaten, welche sich im Fernen Osten Russlands gegen einen Gegner durchschlagen sollten. Der russische Verteidigungsminister, General Sergei Shoigu, verkündete diese Zahl am 28 August. Damit wären für die Übung ein Drittel der russischen Streitkräfte abkommandiert worden und Vostok 2018 weltweit die grösste militärische Übung seit 1981, als die Truppen des Warschauer Pakts den Einmarsch in Polen trainierten. Nun mehren sich Berichte, dass die Anzahl eingesetzter Truppen aber nicht annähernd so hoch war wie angekündigt. Beispielsweise hielt die Nordflotte ihr jährliches Grossmanöver heuer im Rahmen von Vostok ab und wurde dazu in grossen Teilen durch die Beringstrasse ins Ochotskische Meer verlegt. Das Verteidigungsministerium veröffentlichte im Rahmen der Übung etwa 50 spezifische Medienberichte zu relevanten Ereignissen um Vostok 2018. Daraus abgeleitet, stellten Russland-Analysten fest, dass die Zahl der involvierten Truppen bei etwa 70000 lag. Auch dies scheint noch immer eine beachtliche Anzahl Soldaten zu sein, führt aber unweigerlich zur Frage, warum Russland dermassen übertreibt. Zudem geht es in der modernen Kriegsführung nicht mehr alleine um Nummern, son-

dern viel mehr um Fähigkeiten. Letztendlich zeigt es den Versuch des Kremls auf, das Narrativ eines starken Russlands aufrechtzuerhalten. Die Einbindung von China kann zudem als Zeichen dafür gewertet werden, dass Russland Peking nicht (mehr) als Gegner empfindet. Dazu wurde extra das Übungsszenario angepasst, denn in der Vergangenheit hatte Vostok jeweils grossen antichinesischen Charakter. Es ist aber nicht zu erwarten, dass in naher Zukunft daraus mehr als eine lose Zusammenarbeit entstehen dürfte. Das Signal wurde in den USA aber verstanden, Moskau ist militärisch nicht isoliert und hat grosse und starke Verbündete. Entscheidend ist aber, dass der Westen derzeit nicht in der Lage ist, ein Manöver in gleicher Grösse durchzuführen. Entsprechend kann Russland hier einen klaren Propagandasieg verbuchen. Vladimir Putin meinte denn auch bei einem Truppenbesuch am Rande der Abschlussparade lapidar: «Russland ist eine friedliebende Nation, die bereit ist, ihre nationalen Interessen und Verbündeten zu verteidigen.»

Übungsanlage «VOSTOK 2018». Bild: Russische Streitkräfte

China / USA

Zwischenfall im Südchinesischen Meer

Zwischen zwei Kriegsschiffen der USA und Chinas kam es in einem umstrittenen Seegebiet des Südchinesischen Meeres beinahe zu einer Kollision. Die US-Marine warf dem chinesischen Schiff «unsichere und unprofessionelle Manöver» vor, während das chinesische Aussenministerium von einem «provokativen Einsatz» des US-Schiffes sprach.

Wegen des Handelskrieges der USA mit China sind die Beziehungen zwischen den beiden grössten Wirtschaftsnationen ohnehin auf einen Tiefstand gefallen. Der Zwischenfall ereignete sich nahe der von China beanspruchten Spratley-Inseln. Das chinesische Schiff hatte den amerikanischen Lenkwaffenzerstörer «USS Decatur» aufgefordert, das Seegebiet zu verlassen. Es versuchte dann offenbar, das US-Schiff abzudrängen.

Beide seien sich bis auf 40 Meter nahe gekommen, bis die «Decatur» ausgewichen sei, um einen Zusammenstoss zu vermeiden, berichteten US-Medien unter Hinweis auf Angaben der US-Marine.

Chinas Aussenamtssprecherin Hua Chunying kritisierte in Peking, das US-Schiff sei «ohne Erlaubnis der chinesischen Regierung» durch die Gewässer um die Inseln und Riffe gefahren, über die China «unbestreitbare» Souveränität ausübe.

Das Südchinesische Meer liegt zwischen China, Vietnam, Malaysia und den Philippinen. Peking beansprucht 80 Prozent des rohstoffreichen Seegebietes, durch das auch wichtige Schifffahrtsstrassen gehen. Der internationale Schiedsgerichtshof in Den Haag wies 2016 die Ansprüche Chinas zurück, doch ignoriert Peking das Urteil.

Bolivien / Chile

Internationaler Gerichtshof weist Anspruch auf Meerzugang zurück

Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat Boliviens seit Jahrzehnten erhobene Forderung nach einem eigenen Zugang zum Meer durch chilenisches Gebiet zurückgewiesen. Chile sei rechtlich nicht verpflichtet, Verhandlungen mit Bolivien über einen Zugang zum Pazifik zu führen, erklärte Richter Abdulqawi Ahmed Yusuf im Namen des IGH. Chiles Präsident Sebastián Piñera begrüsste das Urteil. Boliviens Staatschef Evo Morales schwor hingegen, sein Land werde «niemals» auf seine Forderungen verzichten.

Der IGH habe die Entscheidung in dem jahrzehntelangen Streit zwischen den beiden südamerikanischen Ländern mit zwölf zu drei Stimmen gefällt, sagte Yusuf. Er hoffe jedoch, dass «mit der Bereitschaft beider Seiten sinnvolle Verhandlungen unternommen werden können».

Bolivien hatte 1883 seinen Zugang zum Meer verloren, als es nach einem Krieg mit Chile 120 000 Quadratkilometer Land und 400 Kilometer Küste abtreten musste. Die bolivianische Regierung drang seit Jahren darauf, von Chile wieder einen Zugang zum Pazifik zu erhalten. Im April 2013 rief sie den IGH an, um Verhandlungen mit Chile über einen neuen Grenzverlauf durchzusetzen.

Das Gericht habe mit seiner Entscheidung jetzt «die Dinge wieder zurechtgerückt», sagte Piñera in Chiles Hauptstadt Santiago. «Heute ist ein grosser Tag für Chile, aber auch für das internationale Recht und das gesunde und friedliche Zusammenleben der Staaten», fügte er hinzu.

Sein bolivianischer Amtskollege sah das anders: Bolivien werde seinen Anspruch auf einen Zugang zum pazifischen Ozean «niemals aufgeben», sagte Morales Reportern nach dem Urteil in Den Haag. Die «Völker der Welt» wüssten, dass den Bolivianern ihr hoheitlicher Zugang zum Meer weggenommen wurde.

Bolivien. Bild: Bing Maps

Eine kleine Gruppe bolivianischer Demonstranten schwenkte ausserhalb des Haager Friedenspalastes Flaggen, spielte auf Panflöten und trommelte. «Der Kampf geht weiter», riefen sie nach dem Urteil. Wie bedeutsam das Thema für Bolivien ist, zeigt sich auch daran, dass das Land nach wie vor eine Marine unterhält – trotz fehlenden Zugangs zum Meer.

Chile beharrt darauf, dass die Grenzen im Friedensvertrag von 1904 verbindlich festgelegt worden seien. Nach Ansicht Boliviens ist dieses Abkommen allerdings nicht gültig, da es unter Zwang unter-

VSAM

Verein Schweizer Armeemuseum
Association du musée suisse de l'armée
Associazione del museo svizzero dell'esercito
Associaziun dal museum svizzer da l'armada

Ergänzungsband

Die Wunderwaffen der Schweizer Armee

Sprengstoff hat es schon einige Zeit keinen mehr in den Brücken und Tunnels. Doch die Geschichte der effizienten «Wunderwaffen» – Sprengobjekte und künstliche Hindernisse – ist weitgehend unbekannt. Die Entwicklung der Zerstörungsvorbereitungen, die Technik und die Einsatzpläne hat Autor Jürg Trick in einem Buch zusammengefasst – auf fast 600 Seiten mit vielen Fotos, Plänen und Skizzen!

Neu ab November: Ergänzungsband von 200 Seiten mit neuen Themen wie Überflutungen, Zerstörungen von Tank- und Sendeanlagen und der Liste der PSD75-Sprengobjekte inkl. Koordinaten.

Hauptband
21x30 cm, gebunden
600 Seiten
Preis: 79.– CHF exkl. Porto

Ergänzungsband
21x30 cm gebunden
200 Seiten
Preis: 40.– CHF exkl. Porto
Preis: 30.– CHF exkl. Porto für bisherige Käufer des Hauptbandes (bei Bestellungen bis 31.01.2019)

Kombi (beide Bände)
109.– CHF exkl. Porto

www.armeemuseum.ch
Bestellungen: Online-Shop www.armeemuseum.ch oder per E-Mail an shop@armeemuseum.ch
Verein Schweizer Armeemuseum – CH 3600 Thun

Rezensentinnen und Rezensenten gesucht

Interessierte melden sich bei andrea.grichting@asmz.ch

ASMZ
Sicherheit Schweiz

Wirtschaftsnotiz

Richtig versichert beim Auto teilen

Wir schaffen ein neues Auto an und möchten dieses künftig mit unseren Nachbarn teilen, beziehungsweise ihnen gelegentlich gegen ein kleines Entgelt zur Verfügung stellen. Was müssen wir bei der Versicherung beachten?

Noch immer ist das Auto in der Schweiz das beliebteste Verkehrsmittel. Zwei von drei Kilometern werden in der Schweiz mit dem vierrädrigen Gefährt zurückgelegt. Dabei sitzen jeweils bloss 1,56 Personen im Auto. Und die Autos stehen 23 Stunden pro Tag rum.

Da ist es durchaus verständlich und begrüssenswert, wenn immer mehr Leute wie Sie ihr Auto mit Nachbarn oder anderen Benutzern teilen. In der Tat sollten Sie bei der Versicherung jedoch ein paar wichtige Aspekte beachten.

Als Besitzer des Autos bleiben Sie grundsätzlich auch Halter. Sie müssen also die obligatorische Autohaftpflichtversicherung abschliessen. So sind die Schäden, welche durch die Benützung Ihres Autos an Dritten entstehen, versichert. Zudem raten wir Ihnen zu einer Vollkasko-Versicherung. Zusätzlich zu den Risiken einer Teilkaskoversicherung wie Diebstahl, Elementarschäden (Überschwemmungen, etc.), Feuer- und Glasschäden, durch Tiere oder mutwillig verursachte Schäden, sind so auch Kollisionsschäden an Ihrem Auto versichert.

Und was es sonst noch braucht

Ergänzend zu diesen Grundversicherungen sind noch einige Zusatzversicherungen ratsam, insbesondere, wenn Sie das Auto wie geplant mit anderen teilen möchten. Darunter fallen in erster Linie der Bonusschutz und der Grobfahrlässigkeitsverzicht. Bei letzterem verzichtet die Versicherung bei einem grobfahrlässig verursachten Schaden auf einen Regress. Diese Zusatzversicherung gilt jedoch nicht bei Verkehrsdelikten wie massiver Geschwindigkeitsüberschreitung oder Fahren in fahrunfähigem Zustand, etwa wegen Alkohol, Drogeneinfluss oder Einnahme von schweren Medikamenten.

Empfehlenswert sind sodann Parkschadenversicherung und Auto-Assistance-Versicherung. Mit der Assistance-Versicherung sind beispielsweise bei einer Panne Abschleppkosten und Unterbringungskosten während der Reparatur versichert. Auch eine Verkehrsrechtsschutzversicherung kann gerade beim Autoteilen unter Umständen nützlich sein.

Rabatt für ökologisches und sicheres Fahren

Verschiedene Versicherungen wie Helvetia gewähren bei besonders umweltfreundlichen Fahrzeugen Vergünstigungen und belohnen sicheres Fahren, zum Beispiel mit Bonusrabatten beim Besuch eines Fahrsicherheitstrainings durch den häufigsten Lenker des Autos.

Besonders wichtig ist, dass Sie ihrer Versicherung mitteilen, wenn Sie ihr Auto mit Nachbarn teilen möchten. Ihren Nachbarn empfehlen wir, ihre Haftpflichtversicherung zu prüfen und allenfalls mit einer Zusatzversicherung für gelegentliches oder für regelmässiges Führen fremder Fahrzeuge zu ergänzen.

Wird aus dem gelegentlichen Teilen ein Geschäft gegen Entgelt, müssen Sie mit der Versicherung Kontakt aufnehmen und die Versicherungslösung entsprechend anpassen.

einfach. klar. helvetia
Ihre Schweizer Versicherung

zeichnet worden sei. Die beiden südamerikanischen Länder unterhalten seit 1978 keine diplomatischen Beziehungen zueinander.

Bolivien argumentiert, dass ein eigener Zugang zum Meer dem ärmsten südamerikanischen Land zu wirtschaftlichem Wachstum und Entwicklung verhelfen würde. Vergangene Woche hatte Chile darauf hingewiesen, dass Bolivien bereits jetzt «volle und uneingeschränkte Rechte» besitze, Waren zwischen dem Land und dem Pazifik zu transportieren.

USA

Schutz nicht-militärischer Infrastruktur im Cyberspace

Das Pentagon darf nun schneller und auf eigene Faust bei Angriffen auch auf nichtmilitärische Infrastruktur zuschlagen. Ein kürzlich publiziertes Dokument zeigt eine Doktrinänderung an.

Wie schon vorher bekannt wurde, hat das Pentagon die Cyber-Strategie verschärft und dem Cyber-Kommando mehr Möglichkeiten eingeräumt, bei Angriffen zurückzuschlagen. In der vorletzten Version aus dem Jahr 2015 hatte Barack Obama die Schwelle für den Einsatz des Militärs erhöht und abgestufte Entscheidungsprozesse eingeführt. Wie der jetzt veröffentlichte Teil der Cyber-Strategie zeigt, soll das anders werden. Ganz zu Beginn steht bereits: «Die USA können sich Nicht-Handeln nicht erlauben.»

Es wird die entsprechende Drohkulisse aufgebaut. Die strategischen Konkurrenten der USA würden «cyber-unterstützte Kampagnen ausführen, um die militärischen Vorteile der USA zu untergraben, die Infrastruktur zu bedrohen und das Wirtschaftswachstum zu reduzieren». Das Pentagon müsse diese Aktivitäten bekämpfen, indem es diese öffentlich macht, aber auch durch Stören und Zersetzen der die US-Interessen bedrohenden Cyber-Aktivitäten. Daneben müsse auch die Cyber-Sicherheit und Resilienz der wichtigsten Ziele ausgebaut werden.

Fundamental sei es, dass das US-Militär in jeder Domäne kämpfen und Siege gewinnen könne. Das sei auch im Cyberspace so, weswegen man durch Vorwärtsverteidigung Cyber-Operationen gegen das Pentagon und auch gegen die US-Infrastruktur, auch wenn das nicht die Einsatzfähigkeit des Pentagon mindert, bekämpfen werde. Die erste Aufgabe sei es, «Bedrohungen zu beenden, bevor sie ihr Ziel erreichen». Vorwärtsverteidigung bedeutet, im Ausland beispielsweise in Computernetze einzudringen oder sie zu zerstören.

Als strategische Hauptgegner werden wenig überraschend Russland und China genannt, aber auch Nordkorea und der Iran. Beide würden «anhaltende Kampagnen im und durch den Cyberspace führen, die ein langfristig strategisches Risiko für die Nation und für die Partner und Alliierten darstellen». China, so heisst es, stiehlt vor allem Informationen, Russland versucht mit Kampagnen die Bevölkerung zu beeinflussen und die demokratischen Prozesse infragezustellen. Man führe gegen die strategischen Gegner Cyber-Operationen aus, um Informationen zu sammeln und militärische Cyber-Kapazitäten für einen Ernstfall bereit zu haben. Präventiv werde man bösartige Cyber-Aktivitäten stören «oder an ihrer Quelle stoppen», auch unterhalb eines bewaffneten Konflikts.

Arktis

Arktis wird schiffbar. Bild: Getty Images

China gegen Russland

Der Rückgang des Eispanzers im Norden legt neue Rohstoffvorkommen frei und eröffnet neue Handelsrouten. China und Russland formieren sich. Die Europäische Union steht abseits. Die Schweiz meldet kein Interesse.

Der Bundesnachrichtendienst, in Deutschland für die strategische Auslandsaufklärung und Krisenfrüherkennung zuständig, beschäftigt sich seit geraumer Zeit mit einem auf den ersten Blick eher ungewöhnlichen Thema: der Arktis. Dem deutschen Amt geht es dabei weniger um die vom Aussterben bedrohten Eisbären als vielmehr um Entwicklungen am nördlichen Rand Europas, die sich abseits der Öffentlichkeit abspielen. In kürzlich bekannt gewordenen Akten des BND heisst es: «Die Arktis hat das Potential, zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor, aber auch zu einer neuen geopolitischen Konfliktregion der Zukunft zu werden.»

Während des Kalten Krieges zählte der nördliche Polarkreis zur Hochsicherheitszone zwischen Ost und West, da die kürzeste Distanz für atomare Raketenangriffe über den Nordpol führt. Mit der weltweiten Klimaerwärmung erlangt die Arktis eine neue strategische Bedeutung: Ansprüche auf wirtschaftliche Ressourcen und Territorien werden lauter. Lange Zeit kaum beachtet, hat sich China durch Investitionen zur neuen Polarmacht erhoben. Gleichzeitig verfolgt Russland seine Interessen in der Region. Europa ist bislang Zuseher.

Sieben EU-Mitgliedsstaaten haben einen Beobachtersitz im Arktischen Rat, darunter Deutschland, Frankreich und Grossbritannien, wobei sich die EU vornehmlich dem Klima- und Umweltschutz verpflichtet fühlt. Weil Russland im Jahr 2007 seine Gebietsansprüche ausweitete und mit Dänemark in Konflikt geriet, erarbeitete Brüssel zwar eine neue Arktisstrategie inklusive sicherheitspolitischer Überlegungen und des Ziels, als Handelsmacht eine Führungsrolle zu erlangen. Diese Rolle haben aber andere eingenommen.

Der Nordpol galt bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts aufgrund seiner extremen Bedingungen als weitgehend unzugänglich. In den letzten 40 Jahren führte der Klimawandel aber zu dramatischen Veränderungen in der Polarmeerregion. Das Arktiseis hat die Hälfte seiner Fläche verloren.

Pascal Kohler,
Henrique Schneider